

Der Abstieg des Dollars

Das unrühmliche Ende einer internationalen Leitwährung

Als Mitte 2008 der Rohölpreis auf 140 US-Dollar stieg und Feingold am 14. März mit 1003 Dollar pro Unze die „psychologische Grenze“ von 1000 Dollar überschritten hatte, suchten Finanzexperten und Politiker aller Schattierungen immer noch einem gläubigen Publikum weiszumachen, daß der offene Ausbruch der spekulativen Hypothekenkrise in den USA nur ein zeitweiliger, vorübergehender Rückschlag sei. Seither mehren sich die Berichte über Massenentlassungen, Geschäftsbankrotte, und Hunderttausende von Menschen, die vom Schulden-Tsunami überschwemmt wurden.

Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann behauptete sogar im „Spiegel“, die sogenannte Ramsch-Krise sei ja „sozialpolitisch gesehen gar nicht so schlecht gewesen“, „da die Banken auch Kredite an Menschen ausreichten, die sich wegen ihres geringen Einkommens und Vermögens sonst nie eine Immobilie hätten leisten können“. Daß diese „Glücklichen“ allerdings kurz nach ihrem Einzug wieder auf der Straße landeten, schien die Personifizierung des bundesdeutschen Kapitalismus nicht zu erschüttern.

Trotz aller Spiegelfechtereien der inzwischen aufs Altenteil geschobenen Bush-Administration ist die Welt nicht im Zweifel, daß die USA-Wirtschaft auf rasanter Talfahrt begriffen ist. Das Weltwirtschaftsforum in Davos 2008 beschuldigte die amerikanische Zentralbank (Federal Reserve) einer unverantwortlichen Währungspolitik, die ungeachtet der drohenden Dollar-Inflation immer wieder versucht habe, den Konsum mit Kreditspritzen anzukurbeln. Wie konnte es zu einem solchen Niedergang kommen?

Am Ende des 2. Weltkrieges war die Produktionskapazität aller führenden Industrienationen vernichtet oder schwer getroffen. Nur das Territorium der Vereinigten Staaten hatte die Katastrophe unbeeinträchtigt überstanden. Dort waren etwa 70 % aller westlichen Goldreserven konzentriert, vor allem in Folge von Zahlungen für Kriegsschulden.

Auf Beschluß der Konferenz von Bretton Woods (1944) wurde dieses gehortete Gold zur Grundlage einer neuen Weltwährung: des amerikanischen Dollars.

Bereits 1934 hatte Präsident Franklin Delano Roosevelt den Goldpreis mit 35 Dollar pro Unze (0,888671 Gramm) festgesetzt. Nach dem U.S. Gold Reserve Act (1945) besaß der Dollar jetzt eine Golddeckung von 25 %. Es war ein Kontrollmechanismus, um die Banknoten-Emission in strengen Grenzen zu halten. In Bretton Woods wurden Wechselkurse anderer Währungen nach dem Dollar ausgerichtet. Der Dollar war „so gut wie Gold“, hieß es.

Im Unterschied zum traditionellen Goldstandard wurde jetzt der sogenannte Gold-Austausch-Standard (Gold Exchange Standard) geschaffen, wonach Goldmünzen nicht mehr wie zuvor im Umlauf waren, sondern nur Goldbarren im zwischenstaat-



Der Untergang der Titanic

lichen Umtausch gegen Dollars den Besitzer wechselten.

Supertresore in Fort Knox

Die Goldbestände befanden sich insgesamt in Fort Knox (Kentucky), wo jeder beteiligte Staat seine eigenen Tresore hatte, in denen die eingetauschten Goldbarren gelagert werden konnten.

Allerdings war von Washington nicht vorgesehen, daß diese Goldbarren Kentucky je verlassen würden, obgleich die Handelspartner darauf ein Anrecht besaßen. Als die zunehmenden USA-Defizite in der Handels- und Zahlungsbilanz die Stabilität des Dollars zu erschüttern begannen, ging de Gaulles Frankreich dazu über, seine erwirtschafteten Dollars gegen Goldbarren einzutauschen und per Sonderflugzeug nach Paris zu bringen. Das sorgte für Ärger mit Washington.

Bereits im Oktober 1960 geriet der Dollar an der Londoner Goldbörse unter Druck. Der offizielle Goldpreis erhöhte sich von 35 auf 41 Dollar. Um ihre Währung zu stützen, flogen die USA 40 Tonnen Gold nach England.

In seiner Neujahrsansprache 1961 behauptete Präsident John F. Kennedy: „Unsere Goldreserven stützten den Wert des Dollars. Der offizielle amerikanische Goldpreis ist und bleibt 35 Dollar pro Unze. Wer immer auf einen höheren Goldpreis spekuliert, wird enttäuscht sein.“

Schon bald darauf sahen sich sieben Handelsnationen gezwungen, den Londoner Goldpool zu schaffen, um mit ihrem Edelmetall den Dollar zu decken. Außer den USA waren das Großbritannien, Belgien, die BRD, Frankreich, Holland und die Schweiz. Eine Entwertung hätte nämlich auch die Kaufkraft ihrer eigenen Dollar-Reserven untergraben.

Wie konnte es zu derartigen Komplikationen kommen?

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten war seit den 50er Jahren zunehmenden Belastungen ausgesetzt: Da waren die Aggressionskriege in Korea und Vietnam, der rabiate Rüstungswettlauf und die Auslandshilfeprogramme (AID), um die „freie Welt vor der kommunistischen Bedrohung zu schützen“.

1963 erklärte der damalige USA-Finanzminister Douglas Dillon vor dem Wirtschaftsausschuß des Kongresses: „Geldentwertung, Einfuhrbeschränkungen, Kontrolle der Wechselkurse, beträchtliche Kreditkürzungen ... oder Aufgabe unserer Verpflichtungen zur Verteidigung der freien Welt kommen nicht in Frage.“

Statt beizeiten die bittere Medizin einer ernstlichen Defizitkontrolle zu schlucken, verlegte sich Washington auf politischen Druck. Im März 1967 verpflichtete sich Bundesbankpräsident Karl Blessing schriftlich, von der BRD gehaltene Dollarreserven nicht gegen Gold einzutauschen. Der entsprechende Briefwechsel wurde durch Kanzler Kiesinger abgesegnet.

Schon 1966 hatte de Gaulle Frankreichs Mitgliedschaft in der militärischen Integration der NATO gekündigt. Im Juni 1967 verließ Paris den Londoner Goldpool. Kaum ein Jahr später kam es zu gewaltigen Studenten- und Arbeiterprotesten, die de Gaulle zur Abdankung zwangen. Nachfolger Pompidou war kompromißbereiter.

Unter zunehmendem Inflationsdruck wurde im März 1968 die Golddeckung des Dollars formell aufgehoben. Nur Tage später stieg an der Londoner Goldbörse der Preis für Gold erneut auf 42 Dollar. Ein Sturm auf „harte“ Währungen setzte ein – besonders die D-Mark, auf holländische Gulden und Schweizer Franken –, um sie gegen Dollars einzutauschen.

Im April/Mai 1971 wurde die Bundesbank von 6 Milliarden US-Dollar überflutet, die sie notgedrungen in D-Mark umwandeln mußte, um den offiziellen Wechselkurs der US-Währung zu halten. Am 5. Mai schloß die Frankfurter Börse, und fünf Tage danach wurde die Wechselkursbindung von D-Mark und Gulden aufgehoben.

Aufkündigung des Gold-Standards

Am 15. August 1971 kündigte Präsident Nixon den Gold-Austausch-Standard. Die Gold-Dollar-Bindung war damit endgültig abgeschafft.

Die USA verteilten fortan ihre Schuldenlast weltweit, da der Dollar seit 1945 als internationale Handels- und Reservewährung gedient hatte. Nationen mit beträchtlichen Dollarbeständen sowie spekulative Anleger mit Zugang zu billigen US-Krediten suchten nach profitablen und stabilen Investitionsobjekten, ob nach Rohstoffen in Entwicklungsländern oder Industrieanlagen und privatisierungsreifen „staatli-

chen Monopolen“ wie Wasser-, Gas- oder Elektrizitätsversorgung in Europa, Kanada, Südamerika, Australien und Neuseeland. Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems berief die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Dezember 1971 die Washingtoner Konferenz ein. Das Smithsonian Agreement bestimmte eine Dollar-Entwertung von 7,9 % im Vergleich zu seinem früheren Goldpreis; die D-Mark wurde um 4,6 % aufgewertet (aber um 13,6 % zum Dollar); Japans Yen stieg um 16,88 % im Verhältnis zum Dollar.

Allerdings konnte das Smithsonian-Abkommen die Erwartungen einer Währungsstabilisierung nicht erfüllen. Fortgesetzte und wachsende amerikanische Defizite und deren „Abdeckung“ mit Hilfe pausenlos rotierender Druckerpressen, die immer größere Mengen der grünen Papierfetzen in Umlauf setzten, zerstörten alles Vertrauen in die neuen Paritäten. Zwischen Dezember 1971 und Dezember 1972 wuchs die im Umlauf befindliche Dollarmenge um 9 %. Im Juni 1972 mußte auch das englische Pfund infolge von Inflation und einer schwachen Zahlungsbilanz (balance of payments) die feste Wechselkursbindung aufgeben. Die Pfundkrise schlug auf den Dollar durch.

Innerhalb eines Monats, von Mitte Juni bis Mitte Juli 1972, mußte die Frankfurter Börse Angebote von Pfund und Dollar im Gesamtwert von 4,7 Milliarden Dollar oder einem DM-Äquivalent von 15 Milliarden zum derzeitigen Währungsstand absorbieren.

Die größte Vertrauenskrise zum Dollar brach zwischen Januar und März 1973 aus. Vom 1. bis 9. Februar mußte die Bundesbank 5,9 Milliarden Dollar (Gegenwert 18,6 Milliarden DM) kaufen, um die Währung des amerikanischen Verbündeten zu stützen. Daraufhin wurde die Börse geschlossen, um die Sturmflut einzudämmen. Am 12. Februar wurde der Dollar erneut um 10 % abgewertet. Aber damit war noch nicht das Ende des Tunnels erreicht.

Am 1. März 1973 traf die bis dahin größte Dollarflut die DM und den holländischen Gulden. Die Bundesbank mußte 2,7 Milliarden Dollar (Gegenwert: 7,5 Milliarden DM) umwechseln – die größte Transaktion an einem einzigen Tag. Die deutschen Steuerzahler hatten diese Verluste zu verkraften.

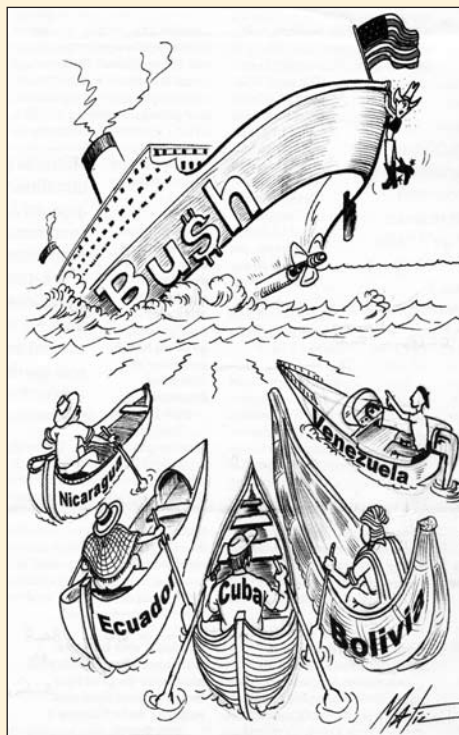
Unerträglicher Inflationsdruck

Die Auswirkungen der Dollarinflation waren in allen westlichen Ländern spürbar. Der inflationäre Druck auf die D-Mark sei „unerträglich“, konstatierte die Bundesbank. Die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stiegen zwischen Anfang 1972 und Mitte 1974 um 188 %.

Die europäische Gegenaktion war die Schließung mehrerer Börsen. Es folgte die Koordinierung der verschiedenen Währungen: Die europäische „Währungsschlange“ entstand. Dies war der Beginn eines neuen Währungssystems, der erste Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Währung,

dem Euro. Das Motiv war vor allem auch Selbstschutz vor dem Zusammenbruch des dollardominierten internationalen Zahlungssystems.

Ungeachtet sämtlicher Ermahnungen setzte die USA-Zentralbank (Federal Reserve) ihre inflationäre Währungspolitik fort. Als im Herbst 1973 die OPEC – die Organisation der Erdölexportierenden Länder – die Rohölpreise erhöhte, um die schwindende Kaufkraft des Dollars wettzumachen, erhob sich ein Sturm von Anklagen. Die „Geldgier der Ölscheichs“ wurde zur Ursache amerikanischer Defizite erklärt.



Die Präsidenten Venezuelas, Brasiliens, Boliviens und Ekuadors haben angesichts der Krise des USA-„Geldmarktes“ beschlossen, Ende Dezember eine Bank des Südens zu gründen. Das Projekt genießt die Sympathie Kubas und Nikaraguas.

Aus „Solidaire“, Brüssel

Im Jahr 1976 setzte in den USA die „Stagflation“ ein – oder Inflation bei gleichzeitig stagnierender Wirtschaft. Die Inflationsrate stieg auf 9 % und die Arbeitslosigkeit auf 8,5 %. Nach statistischen Angaben des U.S. Census Bureau von 1980 hatte sich die Spaltung zwischen Arm und Reich dramatisch verschärft: 49,7 % des Gesamteinkommens gingen an die oberen 20 %, während die untersten 20 % mit 3,6 % auskommen mußten.

Der belgische Ökonom Robert Triffin stellte die Dollar Krise in einen historischen Zusammenhang: „Nach 1969, zwischen 1970 und 1972, schossen unter dem Druck der amerikanischen Defizite die internationalen Geldreserven um so viel in die Höhe wie in allen vorhergehenden Jahren und Jahrhunderten zusammengekommen. Wer zweifelt daran, daß das etwas mit dem Ausbruch der schlimmsten Inflation in der Geschichte der Menschheit

zu tun hatte und zur späteren Explosion der Ölpreise beitrug?“

Im Laufe der 70er Jahre organisierte der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Reihe von Konferenzen und Gipfelberatungen, um das Währungschaos unter Kontrolle zu bringen. Das waren die Nairobi-Konferenz (1973), der Martinique-Gipfel (1974) und Rambouillet (1975).

Im Januar 1976 fand die Jamaika-Konferenz statt. Ein Teil der Goldbestände des IWF – etwa 1200 Tonnen – sollten zur Stützung des Dollars auf Auktionen zu einem Durchschnittspreis von 160 Dollar pro Unze Feingold verkauft werden. Allerdings erwies sich selbst dies als unzulänglich, um die Nachfrage einzudämmen. Der Goldpreis stieg unaufhörlich weiter. Die USA brachten zusätzlich 14 000 Tonnen Feingold auf den Markt, angeblich etwa ein Drittel ihrer Reserven, um von diesem hohen Marktpreis zu profitieren. Auch die Jamaika-Konferenz führte zu keinem positiven Ergebnis.

Zwischen November 1977 und März 1978 stiegen die Wechselkurse führender Währungen gegenüber dem Dollar: Schweizer Franken + 16,4 %; D-Mark + 10,9 %; Pfund Sterling + 5,5 %; Yen + 5,5 %

Rekorddefizit der Handelsbilanz

Im Dezember 1977 erreichte das amerikanische Handelsbilanzdefizit 24,2 Milliarden Dollar, und am 31. Januar 1978 kündigte USA-Präsident Jimmy Carter ein Rekorddefizit des Haushalts der Vereinigten Staaten an.

Im Februar 1978 stieg der Goldpreis auf 250 Dollar pro Unze Feingold. Am 26. September 1978 betrug er bereits 400 Dollar. Und am 31. Januar 1980 erreichte er 850 Dollar!

Nachdem der Goldpreis im März 2008 die „magische Grenze“ von 1000 Dollar pro Unze Feingold überschritten hatte und der Ölpreis mit 140 Dollar pro Barrel berechnet wurde, steht die Welt vor einer äußerst ernsten Inflationskrise, die erwartungsgemäß schwerwiegende Auswirkungen auf den internationalen Handel, den Massenkonsum, die Arbeitsplätze und den „sozialen Frieden“ haben wird.

Weder der abgewirtschaftete Dollar noch die spekulative Kreditvergabe zur Ankerbelug von Investitionen und Verbrauch können den weiteren Niedergang des kapitalistischen Weltwährungssystems aufhalten.

In eingeweihten Kreisen des Finanzkapitals wird inzwischen über die Eventualität einer neuen amerikanischen Währung debattiert. Manche fordern, ein neuer Dollar müsse her. So grotesk es erscheinen mag: Letztlich dürfte darüber in Beijing, Riad oder Dubai entschieden werden, wo derzeit die größten Anhäufungen des entwerteten Dollars konzentriert sind. Hier rechnet man nicht mehr in Millionen oder Milliarden, sondern in Billionen.

Wer wagt es, über die Austauschrate eines eventuellen „neuen“ gegen den „alten“ Dollar zu spekulieren? Vielleicht nicht 10:1, sondern 1000:1. Oder mehr?

Dr. Vera Butler, Melbourne

Das Afghanistan-Verbrechen

Es gibt keine militärische Lösung am Hindukusch

Unter Federführung der USA favorisiert die NATO eine „militärische Lösung“ des Afghanistan-Konflikts. Ein schlichtes „Weiter so!“ ist das Motto aller bisherigen sechs Afghanistan-Konferenzen gewesen, unabhängig davon, ob sie im Rahmen der NATO, der Europäischen Union, der G8-Staaten oder der internationalen Geber stattgefunden haben. Dies wird auch an der Forcierung der militärischen Präsenz der NATO deutlich. Innerhalb von weniger als drei Jahren, d. h. von Februar 2005 bis Dezember 2007 erhöhte die imperialistische Allianz ihre Truppenstärke von 8204 auf 41 741 Mann. Während die ISAF 2002 etwa 5000 Soldaten in Afghanistan im Einsatz hatte, wurde ihre Zahl bis Anfang 2008 auf 43 000 erhöht. Offizielle Angaben beziffern die Zahl der NATO-Soldaten, die am Hindukusch Krieg führen, auf insgesamt 54 000 Mann. Tatsächlich stehen inzwischen über 60 000 fremde Soldaten im Land.

Bis Februar 2008 hatten die USA 15 038, Ende Mai schon 19 000 Soldaten in Afghanistan eingesetzt, und ab Sommer 2008 waren insgesamt 42 000 US-amerikanische Soldaten in dem überfallenen Land stationiert. Bush kündigte in der Endphase seiner Präsidentschaft noch die mögliche Entsendung zehntausend Soldaten an. Dies wurde am 17. Juli 2008 noch einmal von Verteidigungsminister Robert Gates bekräftigt.

Frankreich hat im Moment etwa 1600 Soldaten in Afghanistan eingesetzt. Präsident Nicolas Sarkozy hat eine Truppenverstärkung um 1500 bis 1700 Mann beschlossen. Die BRD wird die Zahl ihrer Soldaten von 3500 auf 4500 erhöhen. Die Stiftung Wissenschaft und Politik, ein deutscher „Thinktank“ empfiehlt den Einsatz von „mindestens 365 000“ Soldaten der NATO in Afghanistan. Unabhängig von ihrer Ausbildungsqualität und Einsatzfähigkeit kommen zusätzlich 140 000 afghanische Soldaten und Polizisten dazu.

Das Problem der NATO besteht jedoch darin, ihre eigenen Bürger vom Sinn dieses militärischen Abenteuers zu überzeugen. Inzwischen hat sich Widerstand gegen ihre Pläne formiert. In der BRD sind nur 17 % der Bevölkerung für den Militäreinsatz. Nach einer Umfrage lehnen 68 % der Franzosen eine Truppen-

verstärkung ab. Der französische Parlamentsabgeordnete Jean-Louis Bianco erklärte: „Es ist zu befürchten, daß wir uns auf ein neues Vietnam einlassen.“ Auch in den Armeen der NATO-Länder wächst zunehmend der Unmut über den Krieg. Zum Beispiel sehen 50 % von 261 Offizieren der niederländischen Armee ihren Afghanistan-Einsatz nicht als sinnvoll an. Auch Bundeswehrmilitärs haben sich versetzen lassen, um nicht im Afghanistan-Krieg verwendet zu werden. Hier sei z. B. auf die Haltung des Luftwaffenoffiziers Oberstleutnant Jürgen

ausgegeben. Er hat errechnet, daß der Krieg bisher 6 Billionen Dollar gekostet hat, und die USA werden im Jahre 2017 genau eine Billion Dollar Zinsen für die internationalen Kriegskredite zu zahlen haben.

3. Der Zweiländerkrieg bindet umfangreiche militärische Kapazitäten, die möglicherweise für künftige Kriege, z. B. gegen Iran oder Syrien, gebraucht werden könnten. Die auf der NATO-Verteidigungsministertagung in Brüssel am 8. November 2006 beschlossene Strategie erlaubt der Militärallianz

„die Führung von maximal acht Kriegen gleichzeitig“. Demnach soll sie „künftig bis zu zwei größere und bis zu sechs kleinere Einsätze parallel ausführen können“. Hauptinstrument zur Durchführung dieser Strategie ist die „schnelle Eingreiftruppe“ der NATO, die aus 20 000 Mann besteht und seit Ende November 2006 einsatzbereit ist. Die bevorstehende Verlegung von deutschen Awacs-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan ist in diesem Kontext zu sehen.

USA und NATO nehmen Kurs auf die „Afghanisierung“ des Krieges, wie in der Endphase der Aggression gegen Vietnam. Die NATO hat diesbezüglich auf ihrem Bukarester Gip-

feltreffen Anfang April 2008 ein vertrauliches Dokument verabschiedet. Ziel war es, so viele afghanische Sicherheitskräfte auszubilden, daß sie „bis Sommer 2008 die Verantwortung im Regionalkommando Zentrum übernehmen, das die Hauptstadt Kabul und umliegende Gebiete umfaßt.“ Der Befehlshaber der ISAF in Kabul, U.S. General McNeill, meint, daß die afghanische Armee „im Jahre 2011 schon einen großen Teil der Aufgaben übernehmen kann“. Dann werden Afghanen also Afghanen umbringen und die Besatzer von ihren sicheren Stützpunkten aus die Entwicklung beobachten. Bemerkenswert ist, daß in dem Bukarester NATO-Dokument von „zivilen Projekten“ keine Rede mehr ist.

Militärstrategen wie Nile Gardiner, Direktor des „Margaret Thatcher Center for Freedom“ bei der Heritage Foundation in Washington, plädieren unermüdlich für die Intensivierung des Krieges. „Deutschland und die anderen führenden Länder Europas können und müssen mehr auf den Schlachtfeldern von Afghanistan tun“, forderte er. Von Anfang 2002 bis Mitte 2006 wurden in Afghanistan 82,5 Mrd. \$



Rom brennt, und Nero fiedelt

Aus „The Australian“

Rose oder auf die Befehlsverweigerung von Major Pfaff hingewiesen.

Durch die massive Militärpräsenz der NATO schwindet das ohnehin rampoanierte Ansehen des Präsidenten Karsai in der afghanischen Bevölkerung immer weiter. Er ist so weit in Bedrängnis geraten, daß er sich öffentlich skeptisch zur Entsendung weiterer NATO-Truppen nach Afghanistan äußern mußte.

Strategiedebatte der NATO

Mindestens drei Faktoren haben bei der NATO-Führung zu einer Strategiedebatte geführt:

1. Es wird zunehmend schwieriger, die Bevölkerung der eigenen Länder vom Krieg gegen Afghanistan zu überzeugen.
2. Der „Einsatz“ absorbiert immense Summen, was Kürzungen besonders in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit zur Folge hat. Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz stellte in einer Studie fest, daß die Vereinigten Staaten monatlich 16 Mrd. Dollar für die laufenden Kosten der Kriege gegen Irak und Afghanistan

für den Krieg ausgegeben, jedoch nur 7,3 Mrd. für den Wiederaufbau. Damit übersteigen die Militärausgaben die Hilfsmittel um 900 Prozent. Die internationale Gemeinschaft einschließlich der Vereinigten Staaten hat nicht einmal die Hälfte ihrer zugesagten Hilfe für Afghanistan geleistet, berichtete Prof. Michael Daxner von der Universität Potsdam.

Experten der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gaben schon Anfang 2007 die Kriegskosten mit über 100 Mrd. Dollar an. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die 40 000 in Afghanistan stationierten ausländischen Soldaten, unter denen sich 3200 Deutsche befinden, betragen täglich 4000 Dollar.

Für eine Exit-Strategie stehen folgende Handlungsoptionen zur Debatte:

Option 1: Von den US- und NATO-Generälen vor Ort sowie von den Regierungen in Afghanistan und in den NATO-Ländern wird eine Aufstockung der Zahl der Soldaten gefordert. Die Geschichte lehrt aber, daß ein Konflikt in Afghanistan militärisch nicht zu lösen ist: Weder den Briten, die das Land im 19. Jahrhundert zweimal besetzten, noch der Sowjetunion, die zeitweilig 120 000 Soldaten stationierte, ist das gelungen. Solange die nationale Souveränität Afghanistans nicht wiederhergestellt ist, wird es am Hindukusch keine Ruhe geben.

Zweimal so groß wie die BRD

Afghanistan ist zweimal so groß wie die BRD und topographisch sehr vielfältig. Um das Land völlig zu besetzen, wären möglicherweise 500 000 Soldaten erforderlich. Dies würde aber keinen Frieden bedeuten, sondern einen Krieg auf höherer Eskalationsebene, einen noch größeren Verlust an Menschenleben und die weitere Zerstörung des Landes.

Demzufolge würde dann die Karsai-Administration für alle Zeiten ihre Chance verpassen, jemals von der afghanischen Bevölkerung, vor allem aber von den besonders durch den Krieg betroffenen Paschtunen im Süden und Osten des Landes, als legitime Regierung anerkannt zu werden. Und noch deutlicher, als es ohnehin schon der Fall ist, würde das Kabuler Regime als bloße Marionette des Westens angesehen werden.

Da durch die Intensivierung des Krieges erhebliche zivile Opfer und massive Zerstörung von Dörfern verursacht worden sind, solidarisieren sich immer mehr Menschen mit dem Widerstand. Das schließt sogar die Stammesführer ein, die anfangs bei der Vertreibung der Taliban mit den Besatzern zusammengearbeitet haben. Der Krieg hat längst das zivile Leben und den zivilisierten Umgang der Menschen untereinander zerstört. Konflikte werden selbst unter Familienmitgliedern mit der Waffe ausgetragen. Sogar Kinder spielen überwiegend Krieg, in dem die eine Gruppe

die Regierungsseite und die eine andere den Widerstand darstellt.

Option 2: Das wäre ein sofortiger Abzug der US- und NATO-Einheiten aus Afghanistan. Diese Position wird angesichts der Tatsache eingenommen, daß die Militärs nicht in der Lage waren und das auch in Zukunft nicht sein werden, das Problem zu lösen, weil sie selbst Teil des Problems sind!

Einzig gangbarer Weg

Der beste und einzig gangbare Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer wirklich repräsentativen Regierung in Kabul und eben nicht irgendwo im Ausland. Wir brauchen kein „zweites Petersberg“, sondern ein „erstes Afghanistan“. Unter strengster Kontrolle der 118 blockfreien Staaten, der aus 57 Mitgliedern bestehenden Konferenz der Islamischen Staaten, der Weltgewerkschaftsbewegung, von Friedens-, Frauen- und Studentenorganisationen sollten Wahlen für eine Loya Djirga durchgeführt und auf dieser repräsentativen Versammlung eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen bestimmt werden. Eine Regierung, die vom Volk gewählt wäre, hätte auch in Kabul kaum etwas zu befürchten. Im ungünstigsten Fall sollte, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt wird, eine International Security Assistance Force ausschließlich durch Staaten aufgestellt werden, denen das Land nahesteht. Damit würde auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt. „Der Einsatz am Hindukusch dauert jetzt schon so lange wie der Zweite Weltkrieg, ohne daß ein Ende absehbar ist. Eine ehrliche Debatte über den nötigen Strategiewechsel, die gewünschten Ziele und ein vernünftiges Ausstiegsszenario ist deshalb überfällig“, mahnte ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ an. Mit „Durchhalte-“ und „Kurshalte“-Parolen sowie noch mehr Militär wird es in Afghanistan weder Frieden noch Wiederaufbau noch die Formierung einer Nation geben. „Wer a sagt, der muß nicht b sagen. Er kann auch erkennen, daß a falsch war.“ Diese Erkenntnis Bertolt Brechts muß die politische und militärische Führerschaft der NATO beherzigen.

Option 3: Sie betrifft den mittelfristigen Abzug der Truppen bis etwa Ende 2010 bzw. den langfristigen Abzug in 15 bis 20 Jahren. Diese Variante wird von manchen Strategen und Afghanistan-Experten diskutiert. Dadurch würde sich an der jetzigen militärischen Auseinandersetzung aber nichts ändern. Im Gegenteil, der Widerstand gegen die US-Armee und die NATO-Einheiten würde sich fortsetzen, möglicherweise auf breiterer Basis. Da der Krieg täglich zahlreiche zivile Opfer fordert, werden sich weitere Teile der Bevölkerung dem

Widerstand anschließen. Und es wird zu einer engeren Zusammenarbeit des innerafghanischen und des internationalen Islamismus kommen.

Die Fortsetzung eines solchen Krieges würde die gesamte Region, in jedem Falle aber das atomar gerüstete Nachbarland Pakistan mit bereits mächtigen islamistischen Parteien, weiter destabilisieren.

Ihre Machtübernahme in Islamabad oder gar ein Auseinanderbrechen Pakistans kann in einem solchen Falle nicht ausgeschlossen werden. Weitere Kriege wären denkbar, so zwischen den beiden verfeindeten Atommächten Indien und Pakistan. Sie hätten katastrophale Folgen für die Region und den Weltfrieden. Der Konflikt in Afghanistan würde dann beinahe als harmlos erscheinen, denn eine Verwicklung anderer Atommächte in einen solchen Zusammenprall wäre sehr wahrscheinlich.

Adieu Wiederaufbau!

Da eine Fortsetzung des Krieges auch weitere Zerstörungen verursacht, steht er im Widerspruch zu den ursprünglichen Absichtserklärungen der internationalen Akteure bezüglich eines Wiederaufbauprogramms. Übrigens verlangte US-Verteidigungsminister Robert Gates bei einer Anhörung vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses eine Revidierung der bisherigen „Wiederaufbau-Konzeption“ hin zu einer „klassischen Antiaufstandsstrategie“. Das Gates-Papier wurde Mitte Dezember 2007 im schottischen Edinburgh von sieben NATO-Verteidigungsministern beraten und ist im Frühjahr 2008 auf der Bukarester Tagung der Regierungschefs der NATO-Staaten verabschiedet worden. Damit werden die Prioritäten in eindeutiger Weise verschoben. Die NATO verabschiedet sich vom Anspruch eines Wiederaufbaus zugunsten einer rein militärischen Vorgehensweise und damit auch von der bisher angeblich so erfolgreichen zivil-militärischen Strategie.

Um der Selbstbestimmung der Afghanen Rechnung zu tragen, müßten die in Option 2 genannten Elemente berücksichtigt werden. Darüber hinaus wäre eine nationale Versöhnungspolitik einzuleiten, die schon Anfang der 90er Jahre der damalige afghanische Präsident Dr. Nadjibullah anvisiert hatte.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der stärkeren Hinwendung zu einer regionalen ökonomischen Zusammenarbeit mit den industriell entwickelteren Nachbarländern Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation. Als US- oder NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch volkswirtschaftliche Perspektiven, geschweige denn eine friedliche und prosperierende Zukunft.

Dr. Matin Baraki